

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 4

Artikel: Ein Sieg der Freiheit : die Volksabstimmung vom 28. November
Autor: Stocker, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333116>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

17. JAHRGANG -- DEZEMBER 1937 -- HEFT 4

Ein Sieg der Freiheit

Die Volksabstimmung vom 28. November

Von Dr. Werner Stocker.

Nicht der Freimaurerorden, aber die *Freiheit* hat am 28. November 1937 einen eindeutigen Sieg erstritten. Mit 514 539 gegen 233 491 Stimmen hat das Schweizervolk ein Verbot der Freimaurerei und ähnlicher »Geheimgesellschaften«, und damit den ersten Großangriff auf die Vereinsfreiheit auf eidgenössischem Boden *abgelehnt*. Alle Kantone weisen starke, zum Teil erdrückende Nein-Mehrheiten auf — mit Ausnahme *Freiburgs*, das mit einem Annahmemehr von 1050 Stimmen seinem Rufe als Hort und Zufluchtsort der Reaktion treu geblieben ist.

In den politischen Lagern, die sich entschieden für die Erhaltung der Freiheit und gegen die Fronten-Initiative einsetzten, sah man dem Ausgang des Kampfes nicht ohne Besorgnis entgegen. Auch in den sozialdemokratischen Reihen. War noch am Parteitag vom 31. Januar 1937 die Meinung vorherrschend, eine gewaltige Abfuhr der Fonjallazfaschisten und Frontisten sei mit Sicherheit anzunehmen und ein allzu starkes Einsetzen der Partei daher nicht nötig, so mehrten sich in den letzten Monaten die Stimmen, die zwar nicht mit einer Annahme der Initiative, aber doch mit einer beträchtlichen Ja-Minderheit rechneten und darum die Aufbietung aller Kräfte in diesem Kampfe forderten. Mit Recht hat denn auch die sozialistische Presse — fast ausnahmslos — alles getan, was nur möglich war, um die schweizerische Arbeiterschaft bis zum letzten Mann aufzuklären über die wahre Natur und Absicht dieses angeblichen »Volksbegehrens«, das in Wirklichkeit ein Begehren ausländischer Diktaturmächte und ihrer schweizerischen Helfershelfer war.

Was hat die Befürchtungen über den Ausgang dieser Abstimmung verursacht? Gewiß nicht die »Stärke« der Frontisten, die gerade durch diesen Kampf und seine Enthüllungen sich endgültig die Verachtung des ganzen Landes zugezogen haben und, hätten sie *allein* dem Volke ihr Elaborat empfohlen, wohl nicht einmal die 55 000 Stimmen des Initiativbegehrens wieder aufgebracht haben würden.

Aber es stellte sich heraus, daß die Frontisten wesentlichen Zuzug erhielten durch verschiedene Bundesgenossen, die bedauerlicherweise

auch dann noch nicht von ihren Helfersdiensten abstehen wollten, als die »Dokumente der Schande«, welche die ausländischen Anstifter der faschistischen Eidgenossen und ihres Werkes entlarvten, vor aller Augen standen.

Drei Gruppen solcher Bundesgenossen der Frontisten sind zu unterscheiden und haben, wie die Abstimmungszahlen zeigen, das Resultat in einer Reihe von Kantonen mehr oder weniger stark beeinflußt.

Einmal die Gruppe der Gleichgültigen und Oberflächlichen, welche die große und prinzipielle Bedeutung dieses Kampfes einfach nicht zu erkennen vermochten und dem Standpunkte huldigten: »Was gehen uns die Freimaurer an, die sollen sich selber für ihre Sache wehren!« In *allen* Parteilagern gab es zweifellos eine beträchtliche Anzahl solcher Bürger, und sie wurden in der Enge ihres politischen Horizonts leider noch bestärkt durch einige kantonale und lokale Parteiparolen, die Stimmfreigabe oder gar *Stimmenthaltung* proklamierten. Die Zahlen von *Genf* geben einen klaren Aufschluß über diese Zusammenhänge:

Ja	10 852
Nein	14 761
Stimmende	25 613
Stimmberechtigte	48 743
Stimmbeteiligung rund 52 Prozent.	

Was ist also das Resultat des Fernbleibens jener Arbeiter, die der Stimmenthaltungsparole der SP. Genf folgten? Eine *relativ* hohe Anzahl von Ja-Stimmen, die nun von den Oltramare-Leuten eifrig genug als »Achtungserfolg« ausgeschlachtet werden wird. Wie ganz anders sähe das Genfer Resultat aus, wenn zu den 14 000 Nein noch weitere 10 000 Arbeiterstimmen gezählt würden. Und das wäre — bei richtiger und intensiver Aufklärungsarbeit durch die Arbeiterpresse — durchaus möglich gewesen.

Eine zweite, gesamtschweizerisch stärker in Betracht fallende Gruppe bilden die Katholischkonservativen und Christlichsozialen, die in manchen Kantonen und Städten eine äußerst eifrige Ja-Propaganda betrieben. Die Verwerfungsparole der konservativen Parlamentsfraktion und der beiden katholischen Bundesräte verhallte bei den untern Führerstellen fast ungehört: Fast alle Kantonalparteien gaben die Stimme frei, mehrere Organisationen, vor allem die christlich-sozialen, empfahlen energisch die *Annahme* der Initiative, und die katholisch-reaktionäre Presse stellte sich mit sichtlichem Behagen in den Dienst dieser Auffassung. Sie kargte, besonders in der letzten Kampfeswoche, nicht mit Anschuldigungen an die Adresse der »Tüpflibrüder« und mit »Papstworten«, welche die Freimaurerei als Teufelswerk in Grund und Boden verdammen. So darf die Annahme der Initiative im Entlebuch und andern schwarzen Bezirken so wenig überraschen wie das »Glanzresultat« der ultramontanen Hochburg im Uechtland, die als einziger der 22 Stände sich mit 9100 gegen 8050 Stimmen für die *Beschränkung* der Freiheit ausgesprochen hat. Auch ein starkes Kontin-

gen der Bauernschaft, worunter auch ein Teil der Jungbauern, hat sich dieser Front der »weltanschaulichen« Ausrotter der Freimaurerei angeschlossen. Daß der Kanton Bern die starke Minderheit von 45 500 Ja (gegen 68 800 Nein) aufweist, daß große Landbezirke wie Konolfingen, Ober- und Niderrimmthal, Seftigen und Thun die Fröntler - Initiative *annahmen*, dürfte zum guten Teil der Haltung der bernischen Jungbauern zu verdanken sein. Eine Enttäuschung für denjenigen, der in der Bauernheimatbewegung *mehr* sehen möchte als eine Gemeinschaft zur Verfechtung materieller Interessen. Die »*Richtlinien* für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die *Sicherung der Demokratie*«, denen auch die Jungbauern sich angeschlossen haben, fordern »scharfe Ablehnung aller antidemokratischen Einflüsse«. Die Fronteninitiative war so deutlich von antidemokratischen Einflüssen inspiriert, daß *keine* Freiheits- und Fortschrittsbewegung durch Passivität, durch Wenn und Aber oder gar durch sichtbare Zuneigung die Zahl der annehmenden Stimmen hätte fördern dürfen.

Und endlich die dritte große Gruppe der Ja-Sager: die *Duttweilerleute*. Ihr Einfluß war in einigen Gemeinden, ganz besonders in der Stadt Zürich mit ihren 21 300 Ja — bei 43 200 Nein — recht deutlich spürbar. Wie der Landesringführer seinen Getreuen und sich selbst die politische Logik seiner Parole erklärt, bleibt wohl das Geheimnis dieses listenreichen Odysseus. Denn die am Anfang des Abstimmungskampfes aufgestellte These: »Wir nehmen das Gute, woher es auch komme« mußte für jede normale Logik in sich zusammenfallen im Augenblick, da der strikte Beweis vorlag, daß das — für gut gehaltene — Freimaurerverbot nur ein *Vorwand* war, um ausländischen Einflüssen Eingang in die Schweiz zu verschaffen. War es nicht Pflicht gerade der Bewegung, die solche Einflüsse durch eine Strafgesetznovelle bekämpfen will, in diesem Augenblick ihre Anhänger aufzuklären: »Wir haben uns getäuscht; unsere Urabstimmung ging von der Annahme aus, eine rein schweizerische Volksinitiative vor sich zu haben; nun zeigt sich, daß diese Bewegung mit ausländischem Geld gemacht wird von Leuten, die nach unserer Auffassung wegen dieser geistigen Reisläuferei vor den Strafrichter gehören.« — Konnte man denn *jetzt noch* »das Gute« annehmen, ungeachtet seiner Herkunft und seiner *wahren*, verderblichen Tragweite? — Duttweiler konnte es. Der Mann, der in seiner privatwirtschaftlichen Sphäre oft als so fähig, wendig und weitblickend sich erweist, blieb einer *politischen* Aufgabe gegenüber mit sturer Verbohrtheit bei der einmal gefaßten Meinung. Er handelt wie ein Richter, der den Verbrecher bestrafen, das *corpus delicti* aber nicht beschlagnahmen und unschädlich machen, sondern nach der Absicht des Verbrechers verwenden würde. Er will den Brandstifter einsperren, schürt aber munter den von ihm gelegten Brand . . . Gottlieb Duttweiler brachte das Gefühl und die Erkenntnis nicht auf, daß *hier* die formalistische Unterscheidung zwischen dem Werk und seinen Urhebern mehr als deplaciert war — und daß hier, wenn je einmal, das Sprichwort in seiner ganzen Tragweite zutraf: »Sage mir, mit wem du gehst, und

ich will dir sagen, wer du bist.« Wir täuschen uns kaum in der Annahme, daß auch im Landesring die Ueberzeugung mehr und mehr um sich greift: Wer in diesem Kampfe um die Freiheit bis zur letzten Stunde mit zäher Borniertheit an der Meinung festhalten konnte, es gehe nur um die Freimaurer, der hat den Anspruch verwirkt, mit politischen Führerallüren ernst genommen zu werden.

Sollte aber — und gewisse Aeußerungen Duttweilers sprechen für diese Annahme — die Haltung des Migrosmannes zur Hauptsache von der Vermutung diktiert worden sein, das »einfache Volk« werde die ihm unsympathische Freimaurerei in Massen ablehnen und es sei »demokratische« Klugheit, sich auf die Seite der Sieger zu stellen —, so wäre erst recht bewiesen, daß diesem ehrgeizigen Auchpolitiker jeder politische Instinkt abgeht. Gerade das einfache Volk, die Arbeiter der Industriestädte und die Bauern der Landgemeinden haben die Fröntlerinitiative am wichtigsten verworfen, wie folgende Resultate (in runden Zahlen) zeigen:

Basel-Stadt	20 500	Nein gegen	5 100	Ja
Basel-Land	10 800	Nein gegen	2 500	Ja
Appenzell A.-Rh.	8 000	Nein gegen	1 200	Ja
St. Gallen	41 600	Nein gegen	14 600	Ja
Graubünden	15 300	Nein gegen	5 000	Ja
Aargau	47 200	Nein gegen	14 200	Ja
Thurgau	22 100	Nein gegen	5 900	Ja.

Das *Schweizervolk* hat *anders* geurteilt als die Frontisten, Ultraklerikalen und Duttweilers, indem es sich in seiner großen Mehrheit von Gerechtigkeit und Weitblick leiten ließ. Es war der Freimaurerei gegenüber ein *gerechter* Richter, der — mag ihm auch der Angeklagte unsympathisch sein — eine nur auf Verdächtigung gestützte Anklage ablehnt. Und es hat die Ankläger mit politischem Scharf- und Weitblick durchschaut, ihre Hintermänner erkannt und sie mit einem Denkzettel heimgeschickt ins Land der Diktatur. Denn das Volk *sah*, was *Duttweiler* und andere »Volksführer« nicht sehen wollten oder konnten: Es ging hier nicht darum, die Freimaurerei zu retten, sondern den Angriff schweizerischer und ausländischer Faschisten auf unsere Demokratie und Freiheit abzuweisen.

Möge dieser 28. November ein gutes Vorzeichen sein für weitere Schlachten im Kampfe des Schweizervolkes um seine Freiheitsrechte.

Die Verwirklichung der Freiheit im Sozialismus

Von A. O l t r a m a r e , Genf.

In allen Ländern des Westens ist heute der Sozialismus der wahre Verteidiger der demokratischen Idee gegen den Faschismus. Er kann diese Aufgabe erfüllen in dem Bewußtsein, überall dort, wo er dazu die Möglichkeit hatte, die Organisation auch der wirtschaftlichen Demo-